

Abonnementpreise

Für Basel und die ganze Schweiz: 1 Monat . . . Fr. 3.— 3 Monate . . . 8.— 6 . . . 15.60 12 . . . 30.—

Bei Postabonnements 30 Cts. Zuschlag.

Unter persönlicher Adresse Zuschlag.

Für das Ausland Postzuschlag; bei Postabonnements möglich, entsprechend billiger.

Basler Nachrichten

Redaktion: Dufourstraße 40. * Telephon 22.860

Finanz- und Handelsblatt

(Intelligenzblatt der Stadt Basel)

Expedition: Dufourstraße 40. * Telephon 22.860

Postcheck-Konto V 2400 (Basel)

Insertionspreise

Die 1-spaltige Millimeterzeile über deren Raum: Für Basel 25 Cts. Für die Schweiz 25 Cts. Für das Ausland 40 Cts. Kleinanzeigen Fr. 1.20. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Rubrik-Insertate: Basel 25 Cts., Wiederholungen 20 Cts. Insertate werden von der Publicitas A.-G. und ihren sämtlichen Filialen entgegengenommen. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Stellen oder Tagen wird keine Verantwortlichkeit übernommen.

Druck und Verlag: Buchdruckerei zum Basler Berichthaus A.-G. Telephon 24.159. — Annoncen-Verwaltung: Publicitas, Schweizerische Annoncen-Expedition Aktiengesellschaft. — Telephon 22.929.

Die heutige Nummer enthält 2 Beilagen

Neuestes.

Das französische Parlament wird am 30. Oktober wieder zusammentreten, zunächst um sich mit der Erneuerung der Vollmachten für das Kabinett Doumergue zu befassen.

Aus dem über die gestrige Unterredung der beiden Außenminister Laval und Benesch herausgegebenen Communiqué wird geschlossen, daß Frankreich und die Kleinen Entente in der durch den Marseiller Mord geschaffenen internationalen Situation gemeinsam handeln werden.

In London spricht man von der Möglichkeit eines dortigen Besuchs Laval's, wie behauptet wird haupt-

sächlich zur Besprechung der Saarfrage, der nach französischer Auffassung die britische Regierung nicht die ihr zukommende Bedeutung beilege.

Das deutsche Reichskabinett berabschiedete am Dienstag eine Reihe neuer Steuerentwürfe und beschloß eine Erweiterung des Gesetzes über den Amtseid der Minister und Mitglieder der Landesregierungen im Sinne der Treueverpflichtung gegenüber dem Führer.

Aus Spanien verlautet, in Valencia sei der Generalstreik ausgebrochen. — In Obiedo sollen die Revolutionäre 600 Tote eingebüßt haben.

Bei den Gemeindevahlen in Norwegen errang die sozialistisch-kommunistische Arbeiterpartei die absolute Mehrheit in Oslo.

Von Tokio aus wird in einem offiziellen Communiqué die Haltung Japans an den nächste Woche beginnenden Vorverhandlungen für die Flottenkonferenz bekanntgegeben.

Tagesbericht.

17. Oktober.

O. Der schweizerische Protestantismus steht fassungslos vor den kirchlichen Ereignissen im Deutschen Reich. Maßregeln von so unerhörter Schärfe wie die Abhebung der süddeutschen Landesbischöfe Wurm in Württemberg und Meiser in Bayern können wir kaum verstehen, um

so weniger, als die Tagespresse des Nachbarlands die Vorgänge nur registriert, aber nicht in ihren Ursachen und in ihrer Bedeutung würdigt. Der Schreiber dieser Zeilen hat sich deshalb für ein paar Tage nach Württemberg begeben, um einen besseren Einblick zu bekommen. Er hat mit Vertretern der beiden kämpfenden Richtungen gesprochen und hat von beiden Seiten belehrende Dokumente erhalten. Ein Versuch, beim Landesbischof Wurm selbst Auskunft zu holen, mißlang. Als wir in seiner Wohnung vorstießen, erklärte uns einer der dort postierten Vertreter der politischen Polizei, eine Unterredung dürfe nur in seiner Gegenwart stattfinden und den kirchenpolitischen Streit mit keinem Worte berühren, worauf wir uns von dem hinzutretenden

Die heute zusammengekommenen Abgeordneten der Mehrheitsgruppen des dritten, württembergischen Landestages vermögen die von der kommissarischen Kirchenleitung ernannte Landes-synode nicht als eine Vertretung des evangelischen Kirchenvolks anzuerkennen. Darum können auch die Beschlüsse dieser Landes-synode von uns nicht anerkannt werden.

Im Gehorsam gegen unser Gelübde beim Eintritt in den Landestag erheben wir feierlich Protest gegen die erzwungene Zerruhestellung des rechtmäßig berufenen, vom Vertreten der lebendigen württembergischen Gemeinden und weiter Kreise darüber hinaus getragenen Landesbischof D. Wurm. Wir sprechen erneut Herrn Landesbischof D. Wurm unser volles Vertrauen und unsere dankbare Verehrung aus. Wir stellen uns schützend vor seine in der Öffentlichkeit schwer angegriffene Ehre.

Die Aufrichtung einer absoluten Zentralgewalt in der Deutschen Evangelischen Kirche, ihre bisher angewandten Methoden und die Mundtotmachung der evangelischen Gemeinden widersprechen den klaren Forderungen des Neuen Testaments und der Grundhaltung des Protestantismus. Dagegen erheben wir als Vertreter des evangelischen Kirchenvolks öffentlich Widerspruch.

Wir sehen unsere Aufgabe nach wie vor darin, im Sinn des Herrn Landesbischof D. Wurm für eine wahrhaft einige und wahrhaft evangelische Reichskirche uns einzusetzen. Der Friede in der Kirche den auch wir von ganzem Herzen erstreben, kann

selbst zu hören und zu sehen. Sein Auftreten und sein Bekenntnis in Württemberg war ein einziges Gericht über seine Verleumder. Wer jetzt noch wagt, den Reichsbischof zu diffamieren, ist ein ganz minderwertiger Charakter. Nachrichten aus den verschiedensten Bezirken melden, daß die Front unserer Gegner sich in Auflösung befindet. Vielen Irregleiteten gehen jetzt die Augen auf. Wir reichen ihnen gern die Bruderhand und machen einen Strich unter die Vergangenheit. Um so schärfer aber bekämpfen wir die unentwegten Saboteure und Heher. Sie verdienen nunmehr keine Rücksicht mehr, sondern sind als volks- und staats-schädliche Elemente zu erledigen...."

Im Tone sticht gegen die Behemung dieser Ausdrucksweise wohlklingend ab, was der stellvertretende Gauleiter Schmidt der nationalsozialistischen Partei in einem Erlaß vom 12. Oktober unter anderem schreibt:

„Die Entwicklung des Kirchenstreites macht es notwendig, daß die Partei eindeutig Stellung dazu nimmt. Der Kirchenstreit ist zuerst eine kirchenpolitische Angelegenheit und interessiert die Partei als solche nur insofern, als sie dazu benützt wird, Unruhen ins Volk zu tragen und das Volk gegen den nationalsozialistischen Staat und die Partei umzukümmern. Behauptungen aufgestellt werden, die klar im Gegensatz stehen zu dem Willen des Führers Adolf Hitler und den Erklärungen des Stellvertreters des Führers, Hg. Rudolf Hess...."

Eine der wesentlichsten Aufgaben ist, daß die Parteigenossenschaft im Sinne der Bewegung und des nationalsozialistischen Staates die Kirchengemeinderäte, die zum großen Teil falsch unterrichtet sind, belehrt. Es muß in kürzester Zeit gelingen, die Kirchengemeinderäte so zu beeinflussen, daß sie auf Seite des Reichsbischofs stehen. Die Gauleitung wünscht nicht, daß politische Leiter, die katholisch sind, sich in irgend einer Form in dem Kirchenstreit der evangelischen Landeskirche betätigen.

Obwohl in einzelnen Gebieten eine ziemlich weitgehende Erregung herrscht, besteht kein Anlaß zur Nervosität. Die Kreisleiter, Ortsgruppenleiter und Stützpunktleiter sehen ihre Aufgabe darin, auf Grund der ihnen zugehenden Unterlagen die Parteigenossenschaft klar und eindeutig zu unterrichten, diese anzuweisen, in Kleinarbeit von Mund zu Mund die Volksgenossen davon zu

überzeugen, daß sie irreführt sind. Es ist weiterhin angebracht, Geistliche, die aus einem falsch verstandenen Treuebegriff den Weg zur Reichskirche nicht finden, im Sinne der Reichskirche zu beeinflussen, ihnen vor allem auch die politische Unsinnigkeit und Verantwortungslosigkeit des Kampfes der ehemaligen Landeskirchenregierung vor Augen zu führen. Wenn wir in ruhiger sachlicher Weise eine Propaganda durch persönlichen Austausch durchführen, wird in kürzester Zeit die ganze Frage des Kirchenstreites erledigt sein."

Offenbar will also die Partei selbst in diesem Kirchenkampf nicht unnötig hervortreten. Sie arbeitet vorläufig an der Bearbeitung der öffentlichen Meinung gegen die Bekenntnisparter, wie auch aus dem folgenden Zellenbefehl hervorgeht:

„An die politischen Leiter Zelle Ost Mitte. Am Samstag 6. 10., abends 8 Uhr spricht der Vikar des Herrn Reichsbischof, Herr Dr. Engelke, in der Stadtkirche, und am Sonntag Vormittag predigt Herr Stefan Gader in der Stadtkirche. Die politischen Leiter haben dafür zu sorgen, daß die Stadtkirche an beiden Tagen gut besucht wird."

Bei oberflächlicher Betrachtung kann man in Württemberg noch immer den Eindruck bekommen, ein kirchlicher Notfriede sei nicht ganz ausgeschlossen. Man möchte ihn gerne wünschen; denn das öffentliche Vergernis ist groß. Aber das Haupt Hindernis ist kaum zu überwinden: der Wille des wirklichen Herrn der Reichskirche, des Rechtswalters Jäger, auf die Nationalkirche hinzusteuern, auf das protestantisch-katholische Kirchenideal. Württembergische Deutsche Christen sagen uns, dieser Wille sei keine Privatfache; seine Amtsführung habe nichts damit zu tun. Aber wie viele Politiker, Wirtschaftler und Kulturträger haben in Deutschland schon die Erfahrung gemacht, daß ein solcher Wille, wenn er einmal an maßgebender Parteistelle vorhanden ist, sich unerbittlich durchsetzt. Diese Erfahrung läßt uns den Widerstand des süddeutschen Protestantismus begreifen. Man vergleiche übrigens auch den heutigen Depefchenteil.

Nach dem Marseiller Morddrama.

Die Untersuchung.

Die Identität Georgiews feststellen.

Belgrad, 16. Okt. (United Press.) Die Belgrader Polizei, die mit den Sicherheitsbehörden von Sofia zusammenarbeitet, hat heute die Fingerabdrücke Wlada Georgiews, sowie alle übrigen von ihm vorhandenen Dokumente im Flugzeug nach Paris geschickt.

präsidenten Doumergue, mit Außenminister Laval, mit dem Handelsminister Lamoureux und dem Finanzminister Germain-Martin. Man sagt, daß der Abschluß eines Handelsabkommens unmittelbar bevorstehe, und man spricht auch von einer tschechoslowakischen Anleihe. Aber das Hauptinteresse wendet sich den politischen Konversationen zu, die sich um die Ursachen und Rückwirkungen des Marseiller Attentats drehen. Nach der gestrigen anderthalbstündigen Unterredung zwischen

so weniger, als die Tagespresse des Nachbarlands die Vorgänge nur registriert, aber nicht in ihren Ursachen und in ihrer Bedeutung würdigt. Der Schreiber dieser Zeilen hat sich deshalb für ein paar Tage nach Württemberg begeben, um einen bessern Einblick zu bekommen. Er hat mit Vertretern der beiden kämpfenden Richtungen gesprochen und hat von beiden Seiten belehrende Dokumente erhalten. Ein Versuch, beim Landesbischof Wurm selbst Auskunft zu holen, mißlang. Als wir in seiner Wohnung vorbrachten, erklärte uns einer der dort postierten Vertreter der politischen Polizei, eine Unterredung dürfe nur in seiner Gegenwart stattfinden und den kirchenpolitischen Streit mit keinem Worte berühren, worauf wir uns von dem hinzutretenden Landesbischof sofort mit Sündedruck verabschiedeten. Gerne hätten wir vom württembergischen Ministerpräsidenten Merzinger, an den wir gut empfohlen waren, eine Ausnahme vom dem Verbot erzwirkt, da unserer Ansicht nach die ausländische Presse, um objektiv urteilen zu können, den Standpunkt der führenden Männer beider Parteien kennen lernen sollte. Aber der Herr Ministerpräsident empfing uns nicht, sondern wies uns an den Herrn Reichsstatthalter Murr. Auch zu diesem Besuch ist es leider nicht gekommen. Dagegen haben wir bei der Behörde, die gegenwärtig die abgesetzte Landeskirchenleitung erbt, dankenswerter Weise eine ausführliche mündliche Darlegung der Auffassung der Gegnerlichkeit des Herrn Landesbischofs erhalten. Im ganzen haben wir trotz dem Mißlingen einiger Informationsversuche von der kurzen Reise ins Schwabenland doch das Gefühl mit nach Hause genommen, die Lage in Württemberg und damit die Lage in Süddeutschland überhaupt — die Verhältnisse in Bayern sind nicht wesentlich verschieden — nun etwas klarer beurteilen zu können.

Die Ausscheidung des Landesbischofs Wurm wird von seiner Gefolgschaft, die man gemeinhin als „Bekenntniskirche“ bezeichnet, nicht als rechtmäßig anerkannt. Er selbst hat am 9. Oktober sofort nach der Verhängung der Maßregelungen an den Minister des Innern geschrieben: „Als Landesbischof, der sein Amt auf ordnungsgemäße Weise erhalten hat, kann ich mir die Verkündung des Wortes Gottes, das nach einem bekannten Ausspruch von Luther nicht gebunden ist, und die Pflege der Gemeinschaft mit Pfarrern und Gemeinden nicht nehmen lassen. Ich muß deshalb aus meinem Ordinationsgelübde und meiner besondern bischöflichen Amtsverpflichtung heraus erklären, daß ich mich den in der genannten Verfügung auferlegten Verpflichtungen nicht unterwerfen kann.“

Bei seiner Auffassung von der Rechtslage hat der Landesbischof die evangelisch-theologische Fakultät der Universität Tübingen hinter sich, die schon im September in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten und Kultminister folgende Thesen vertrat:

1. Die Maßnahmen der Reichskirchenregierung, welche auf Herstellung einer absoluten Zentralgewalt in der Kirche abzielen, widersprechen klar dem im ganzen Neuen Testament bezuaten Forderungen Jesu Christi für die Führung und Gestaltung seiner Kirche.
2. Die zur Durchführung dieser Pläne von der Reichskirchenregierung angewandten Maßnahmen verletzen in vielen Fällen die Wahrheit und die Ehre und setzen an die Stelle von Recht Gewalt. Auch dies steht im schroffem Widerspruch zu den Grundsätzen, die vom Neuen Testament aus für die Leitung einer Kirche zu fordern sind.
3. Die für die Maßnahmen der Reichskirchenregierung verantwortlichen Männer erscheinen durch ihr Handeln so belastet, daß wir wieder gegen ausdrückliche Forderungen des Neuen Testaments handeln würden, wenn wir uns dabei beruhigten, daß die Führung der Kirche in ihren Händen gelassen wird.

Die Mehrheit des aufgehobenen Landeskirchentags betrachtet diesen noch immer als rechtmäßige Vertretung des Kirchenvolks. Sie hat sich am 10. Oktober zur Absetzung des Landesbischofs wie folgt geäußert:

D. Wurm unser volles Vertrauen und unsere dankbare Verehrung aus. Wir stellen uns schützend vor seine in der Öffentlichkeit schwer angegriffene Ehre.

Die Aufrichtung einer absoluten Zentralgewalt in der Deutschen Evangelischen Kirche, ihre bisher angewandten Methoden und die Mundtotmachung der evangelischen Gemeinden widersprechen den klaren Forderungen des Neuen Testaments und der Grundhaltung des Protestantismus. Dagegen erheben wir als Vertreter des evangelischen Kirchenvolks öffentlich Widerspruch.

Wir sehen unsere Aufgabe nach wie vor darin, im Sinn des Herrn Landesbischofs D. Wurm für eine wahrhaft einige und wahrhaft evangelische Reichskirche uns einzusetzen. Der Friede in der Kirche den auch wir von ganzem Herzen erstreben, kann nicht mit gewalttätiger Unterdrückung der das kirchliche Leben tragenden Gemeindeglieder erreicht werden, sondern allein durch eine ernsthafte Rückbesinnung auf die im Neuen Testament uns gegebenen kirchlichen Richtlinien für Aufbau und Gestaltung einer evangelischen Kirche.

Die Pfarrer, die auf der Seite des Landesbischofs stehen, haben sich durch die Maßregelung auch nicht abschrecken lassen. Sie haben ihren Gemeinden am letzten Sonntag von der Kanzel herab einen Brief von ihm verlesen, der folgendermaßen beginnt:

„Wie der Apostel Paulus muß ich heute die Gemeinden als ein Gefangenener in Christo grüßen und um ihr Gedenken bitten. Auf die dringende Bitte aller, die bisher mit mir um eine wahrhaft evangelische Führung der Reichskirche gerungen haben, habe ich, auch nachdem ich durch einen rechtswidrigen Eingriff von außen her aus meinem Amt gedrängt worden bin, die geistliche Leitung der Pfarrerschaft und der Gemeinden beibehalten.“

Um mir dies fernern unmöglich zu machen, ist mir befohlen worden, meine Wohnung nicht mehr zu verlassen und keine mündliche oder schriftliche Verbindung mit Pfarrerschaft und Gemeinden zu pflegen. Ich habe getreu meinem Ordinationsgelübde und meiner bischöflichen Amtsverpflichtung mich nicht dazu entschließen können, mich diesem Befehl zu unterwerfen; ein rechtmäßig berufener Bischof darf sich die Verkündigung des Wortes und die Führung der geistlichen Diener der Kirche nicht nehmen lassen. Infolgedessen bin ich in meiner Wohnung bewacht und kann nicht, wie ich es so gerne wollte, persönlich in der Mitte der Gemeinden erscheinen. Aber so wenig in der apostolischen Zeit die äußere Trennung der Führer die innere Gemeinschaft unterbrechen konnte, so wenig ist dies auch jetzt der Fall. Im Gegenteil, ich weiß und bekomme es täglich zu spüren, daß die Gemeinde Jesu unter solchen Prüfungen und Werten erst recht zum wahren Glaubensleben erwacht und sich wie noch nie um das alte und ewig neue Gotteswort sammelt....“

Es ist ausdrücklich zu bemerken, daß der Landesbischof und die hinter ihm stehende Pfarrerschaft keine Freikirche gründen wollen. Sie betrachten ihre Richtung noch immer als die rechtmäßige württembergische Kirche, die die Tradition der Reformation fortsetzt. Und nun die Gegnerschaft, die Deutschen Christen! Diese haben die ganze Macht des Staates auf ihrer Seite und sehten hauptsächlich mit der Anschulldigung, die Bekenntnispfarrer seien staatsfeindlich. Nach unserm Eindruck durchaus mit Unrecht! Die Gegner des Reichskirchenregiments sind, wie wir uns durch Unterredungen immer wieder überzeugen konnten, politisch ganz hitlertreu. Sie kämpfen nur für ihre protestantische Kirchenfreiheit. Aber, wie dem auch sei, der Führer der Deutschen Christen Nehm erklärt in seinem Rundschreiben Nr. 26:

„Wir werden die Pestilenz, die im Finstern schleichend, mit Stumpf und Stiel ausrottet. Wer von dem Rembrandt nicht nachgibt, wird jetzt offen von uns bekämpft. Jeder Angriff in Gottesdiensten und Geheimversammlungen auf den Reichsbischof ist unannehmlich sofort mit allen Mitteln durch unsere Mitglieder entsprechend zu beantworten. Durch unsere Teilnahme an den Geheimversammlungen der Notbündler machen wir dieser Volksverhetzung ein Ende. Den Hebern und Saboteuren muß jetzt das Handwerk gelegt werden. Wir haben lange Geduld gehabt. Sie ist nun zu Ende. Die Kundgebung des Reichsbischofs war ein voller Erfolg. Das württembergische Volk hat nun Gelegenheit gehabt, den Reichsbischof

Nach dem Marseiller Morddrama.

Die Untersuchung.

Die Identität Georgiews festgestellt.

Belgrad, 16. Okt. (United Press.) Die Belgrader Polizei, die mit den Sicherheitsbehörden von Sofia zusammenarbeitet, hat heute die Fingerabdrücke Wlada Georgiews, sowie alle übrigen von ihm vorhandenen Dokumente im Flugzeug nach Paris geschickt. Es soll auch die Leiche des Mörders in Marseille ausgegraben werden, um Gewißheit zu erlangen, ob die Fingerabdrücke Kalemens und Georgiews übereinstimmen. Eine sehr wichtige Aussage hat die Frau Georgiews gemacht. Ihren Angaben zufolge hat ihr Gatte eine große Narbe an der linken Schulter, die derjenigen ähnlich ist, die man auf dem Körper des Königsmörders entdeckt hat. Das rechte Bein Georgiews soll ein wenig kürzer sein als das linke. Man hofft in Paris, daß all diese Angaben genügen werden, um zweifelsfrei die Identität des Marseiller Mörders feststellen zu können.

Die Aussagen Kraj-Malyns.

Paris, 16. Okt. Ag. (Havas.) Die vom Terroristen Mio Kraj genannt Malyn in seinem nächtlichen Verhör gemachten Aussagen decken sich mit den früheren Aussagen von Beneš über das Marseiller Attentat. Die Verdächtigten teilten sich am 29. September seit ihrer Abreise von Lausanne in zwei Gruppen. Kraj betrat zusammen mit Kalemens über Thonon französisches Boden. Amatarnik, der Delegierte von Dr. Pawelitsch, traf kurz darauf mit ihnen zusammen und verließ sie wieder in Aix-en-Provence. Kraj und Kalemens reisten dann nach Marseille weiter und trafen dort um 14.30 Uhr ein. Kaum aus dem Zug gestiegen, suchten die beiden in der Cannobière-Straße einen günstigen Platz und warteten unter der Menge. Kraj sagte weiter aus: „Bestürzt vom Gedanken, daß noch jemand als der König getroffen werden könnte, wollte ich den Anschlag ausgeben und machte Kalemens hievon Mitteilung. Dieser war wütend und hielt mich am Arm zurück. Ich hatte Angst, von Kalemens selbst niedergeschossen zu werden, riß mich los und verlor mich in der Menge.“

Die weiteren Aussagen von Kraj betreffen seine Abreise nach Fontainebleau und seine Flucht in den Wald, in dem er den Revolver verlor. Weiter sagte er aus, daß er während seines Hotelaufenthaltes in Aix-en-Provence in seinem Bett zwei Bomben versteckte, die vom gleichen Typ wie die von Kalemens seien, ferner eine Mauserpistole. Auf Grund dieser Aussagen wurden diese Waffen in Aix-en-Provence wirklich gefunden.

(*) Paris, 16. Okt. In den Aussagen Kraj-Malyns ist neu lediglich, daß er zusammen mit Kalemens alias Sul von Kramer, dem „Delegierten“ in Frankreich der jugoslawischen Mordorganisation, mit der Durchführung des Attentats beauftragt wurde. In Aix-en-Provence befanden sich die drei Terroristen noch am Morgen des Mordtags. Kramer war in aller Frühe seine beiden Spießgesellen und erklärte ihnen: „Ihr wißt, daß der König heute eintrifft. Ihr wißt auch, was Ihr zu tun habt. Geht nach Marseille und schießt ihn nieder.“ Kramer gab daraufhin jedem 1500 Franken und verschwand. Man hat ihn bekanntlich bisher nicht wieder finden können. Die Spießgesellen verließen Aix-en-Provence um 1 Uhr in einem Autocar und trafen gegen halb 3 Uhr in Marseille ein.

Politische Auswirkungen.

Beneš bespricht sich mit Laval.

Frankreich und die Kleine Entente. M. Paris, 17. Okt. (Privatteil.) Außenminister Beneš hatte während seines dreitägigen Pariser Aufenthalts zahlreiche Unterredungen, u. a. mit dem Minister-

präsidenten Doumergue, mit Außenminister Laval, mit dem Handelsminister Lamoureux und dem Finanzminister Germain-Martin. Man sagt, daß der Abschluß eines Handelsabkommens unmittelbar bevorstehe, und man spricht auch von einer tschechoslowakischen Anleihe. Aber das Hauptinteresse wendet sich den politischen Konversationen zu, die sich um die Ursachen und Auswirkungen des Marseiller Attentats drehen. Nach der gestrigen anderthalbstündigen Unterredung zwischen Laval und Beneš wurde ein Communiqué herausgegeben, das die vollkommene Übereinstimmung der Ansichten der tschechoslowakischen und der französischen Regierung feststellt, was ihre auswärtige Politik anlangt; das bedeutet, daß Frankreich und die Kleine Entente geschlossen bleiben werden.

Ein Blatt hatte gestern die sensationelle Meldung gebracht, daß Jugoslawien ein Ultimatum an Ungarn richten wolle. Man bezeichnet hier solche Gerüchte als phantastisch und macht darauf aufmerksam, daß die einzelnen Staaten der Kleinen Entente sich verpflichtet haben, nur gemeinsam zu handeln, und daß der Rat der Kleinen Entente sich erst nach den Trauerfeierlichkeiten für König Alexander in Belgrad versammelt. Von diesem Rat war zwischen Beneš und Laval zweifellos auch botenmäßig die Rede, und es ist anzunehmen, daß in Belgrad nichts ohne Einverständnis mit Paris beschlossen wird. In Paris ist man für die vorrichtige Maßigung, und auch von London aus ist in diesem Sinne gewirkt worden. Man wird die Rolle der Terroristenorganisationen und ihrer Schutzherrn wohl ergründen wollen; aber man wird die Untersuchung höchstwahrscheinlich dem Völkerbund übertragen, dessen Rat sich in einem Monat unter dem Vorsitz des Herrn Beneš versammelt.

Nach den Blättermeldungen wäre zwischen Laval und Beneš auch noch von der Unabhängigkeit Österreichs und von der Saarfrage die Rede gewesen. Hier behaupten gewisse Kreise, die Abstimmung werde verschoben. Man sagt auch, daß die Herren Doumergue, Laval und Beneš einig darin seien, daß die von Barthou begonnene Politik der Entspannung fortzusetzen sei. Man will wissen, daß die Dispositionen in Italien jetzt eher noch günstiger seien, als vor dem Marseiller Attentat.

Weiterführung der Politik Barthous.

Paris 16. Okt. (United Press.) In einem Interview mit dem Pariser United Press-Vertreter erklärte Laval, daß er die französisch-italienischen Verhandlungen, die von Barthou in der Zeit vor seinem Tode schon so weit gefördert worden seien, im selben Sinne fortzuführen gedenke. Er werde auch an dem Plan Barthous festhalten und sich in Kürze nach Rom begeben, wahrscheinlich schon Anfang November. Das Ziel seiner Besprechungen mit dem italienischen Staatschef Mussolini liege in der Festlegung einer gemeinsamen außenpolitischen Linie zwischen Frankreich und Italien, sowie in dem Interesse der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens schon seit längerer Zeit von den Regierungen der beiden Länder verfolgt werde.

Für eine französisch-russische Allianz.

Die Kampagne eines Pariser Rechts- und eines Linksblattes.

(*) Paris, 17. Okt. „Deubre“ und „Echo de Paris“ nehmen heute ganz plötzlich ihre Kampagne zugunsten einer französisch-russischen Allianz wieder auf. Ueber dieses Problem sei in der gestrigen Unterredung zwischen Laval und Beneš gesprochen worden. Nachdem die beiden Blätter die völlige Einigkeit der beiden Staatsmänner in allen politischen Fragen festgestellt haben, sprechen sie von den deutschen Rüstungen und begründen damit die Notwendigkeit einer engen französisch-russischen Militärallianz. Es sei wahrscheinlich, daß der Vorschlag Litwinows, wonach die Abrüstungskonferenz in eine „ständige Friedenskonferenz“ umgewandelt werden solle, wieder aufgenommen werde. Unter den gegenwärtigen Umständen verlore der Völkerbund und alles Recht zu leben, wenn er nicht ein Zentrum des gemeinsamen Widerstandes werde, schreibt das „Echo de Paris“, und das „Deubre“ umschreibt die Aufgabe dieser Friedenskonferenz wie folgt: Sie werde beauftragt, jeden Staat über die deutschen Verfehlungen gegenüber den verschiedenen Verträgen zu unterrichten. Das Blatt

nennt das geplante Abkommen zwischen Rußland und Frankreich ein Sicherheitsabkommen; ein solches sei für die Aufrechterhaltung des Friedens besonders wirksam.

Aus Jugoslawien.

An der Waise König Alexanders.

Belgrad, 16. Okt. (United Press.) Ein Zug von über 200.000 schwarzgekleideten Menschen aller Stände defilierte in feierlichem Schweiße vor dem Königsschloß vorbei, in dem die sterbliche Hülle des ermordeten König Alexanders von Jugoslawien aufgebahrt liegt. Aus 23 Staaten werden offizielle Abordnungen zu dem feierlichen Requiem und zur Beisetzung in der St. Sava-Kirche von Topola erscheinen.

Die deutsche Delegation.

(-) Berlin, 16. Okt. (Europapress.) Der Führer und Reichskanzler hat, wie amtlich mitgeteilt wird, in seiner Eigenschaft als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht den preussischen Ministerpräsidenten Göring als Sonderbevollmächtigten zu der Trauerfeier anlässlich der Beisetzung des Königs Alexander nach Belgrad entsandt. Der Führer und Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht bringt, so heißt es in der Mitteilung, mit der Uebertragung der ehrenvollen Mission auf einen seiner nächsten Mitarbeiter die besondere Verehrung und Hochachtung zum Ausdruck, die der deutsche Soldat für den vereinigten König empfindet. Ministerpräsident Göring wird am Grab des Königs Alexander einen Kranz niederlegen mit der Aufschrift: „Ihrem einstigen heroischen Gegner in schmerzlicher Ergriffenheit. Die deutsche Wehrmacht.“

Vor den Londoner Flottenverhandlungen.

Die schwierige Aufgabe Macdonalds.

(-) London, 17. Okt. Englands Politik in den anfangs nächster Woche beginnenden Vorverhandlungen für die Flottenkonferenz wird im Vordergrund der Beratungen der heutigen Kabinetsitzung stehen, nachdem bereits gestern zwischen dem Ministerpräsidenten Macdonald und Außenminister Sir John Simon und dem Chef der englischen Admiralität vorbereitende Besprechungen stattgefunden haben. Englands voraussichtliche Haltung wird heute bei den Beratungen im Kabinett festgelegt werden; sie wird darauf hinauslaufen, daß man für die Aufrechterhaltung des Vertrags von Washington eintritt und gleichzeitig die Erhöhung der im Londoner Flottenabkommen zugestandenen Kreuzerkontingente. Die Tonnage dieser Kreuzer sowie der Großkampfschiffe soll so niedrig wie möglich gehalten werden, während Unterseeboote möglichst ganz abgeschafft werden sollen. Die Hauptaufgabe Macdonalds, der die Verhandlungen leiten wird, dürfte jedoch vorerst einmal die Erzielung einer Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und Japan über Japans Forderung nach Abschaffung der Schlüsselzahlen und Gewährleistung der Gleichberechtigung sein. Erst nachdem über diesen Punkt eine Einigung erzielt worden ist, wird es möglich sein, sich über Schiffstypen, Tonnage und andere technische Fragen zu unterhalten.

Die Haltung Japans.

Tokio, 16. Okt. (Gabas.) Die erste Erklärung der japanischen Regierung, wonach diese endgültig entschlossen sei, den Washingtoner Vertrag zu kündigen, wurde am Dienstag in Form eines offiziellen Communiqués durch das Außenministerium der Presse übermittelt. Dieses befaßt sich besonders mit den Weisungen, die dem japanischen Vertreter an den Vorbesprechungen in London, Admiral Yamamoto, erteilt wurden. Sie enthalten folgende fünf Punkte:

1. Vom Grundsatz ausgehend, daß jedes Land Anrecht auf die Wahrung seiner Sicherheit habe, nimmt Japan für sich das Recht in Anspruch, seine Sicherheit zu gewährleisten und den Frieden im Fernen Osten aufrecht zu erhalten. — 2. Es fordert die tatsächliche Verabsicherung der Mi-

Aus der deutschen Reichsgesetzgebung.

Neue Steuerborlagen.

K. Berlin, 17. Okt. (Privattele.) Im „Völkischen Beobachter“ werden heute die neuen Steuergesetze erläutert, die die Regierung fassen erlassen hat. Danach sind die Grundlagen, auf denen sich diese Steuergesetze aufbauen, im wesentlichen auf drei große Gedanken abgestellt: 1. Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit; 2. Förderung der Familie; 3. Betonung des Wertes der Persönlichkeit und der persönlichen Verantwortung in der Wirtschaft.

Der Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit wurde im April 1933 mit der Beseitigung der Kraftfahrzeugsteuer für neue Personenautos begonnen. Dazu kam das Gesetz über die Steuerfreiheit für Erbschaftsbeschlagnahmen, das bis zum 1. Januar 1935 befristet war. Das neue Einkommensteuergesetz erweitert nun dieses Gesetz über die Steuerfreiheit für Erbschaftsbeschlagnahmen und gestattet den buchführenden Gewerbetreibenden und Landwirten, kurzlebige Gegenstände, deren betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer 5 Jahre nicht übersteigt, schon im Jahre der Anschaffung voll abzuschreiben. Eine wichtige Veränderung bedingt auch das neue Umsatzsteuergesetz. Während das bisherige Gesetz den lagerhaltenden Großhandel mit einer Umsatzsteuer von 2 Prozent belastete, wird nun, abgesehen von einigen Massengütern, jeder Warenaustausch mit einer Umsatzsteuer von 1/2 Prozent belegt, gleichgültig, ob dieser Umsatz das Lager des Warenaustauschenden berührt oder nicht. Dadurch wird der Warenaustausch befähigt, seine Lager wieder aufzufüllen. Seine Aufträge werden zur Verminderung der Arbeitslosigkeit weitgehend beitragen.

Ein weiteres Kernstück der nationalsozialistischen Kernstücke ist die Förderung der Familie. Bekanntlich geht der Nationalsozialismus darauf aus, kinderreiche Familien zu schaffen, und nicht nur sie zu schaffen, sondern ihnen auch die Existenz zu ermöglichen. Im neuen Einkommensteuergesetz werden im Durchschnitt die Verheirateten etwa ein Drittel weniger Steuern zu zahlen haben als die Ledigen. Es wird eine große Steuerentlastung der Kinderreichen durchgeführt, und zwar wird die Einklastung umso größer sein, je größer die Zahl der Kinder ist. Die Kinderermäßigungen werden bis zum 25. Lebensjahr weitergewährt, wenn sich die Kinder dann noch in einer Berufsausbildung befinden. Bei der Vermögenssteuer tritt eine Ermäßigung der Freigrenze von 20.000 auf 10.000 Reichsmark ein, und zwar für den Steuerpflichtigen, seine Ehefrau und jedes seiner Kinder. Während zum Beispiel ein Lediger mit 50.000 Mark Vermögen hiebei 40.000 Reichsmark zu versteuern hat, braucht ein Verheirateter mit zwei Kindern bei dem gleichen Vermögen nur 10.000 Reichsmark zu versteuern. Auch bei der Erbschaftsteuer werden Freibeträge eingeführt; sie betragen für Kinder 30.000 und für Enkel 10.000 Reichsmark. Die Ehestandsbarlehen werden in der bisherigen Weise weitergeführt, eine Tendenz, die absolut der Bevölkerungspolitik des nationalsozialistischen Staates entspricht.

Der dritte Kernpunkt der neuen Steuergesetzgebung heftet sich an die Persönlichkeit, die nach der nationalsozialistischen Auffassung in der Wirtschaft wieder mehr zur Geltung kommen soll. Es soll möglichst eine natürliche Personen vorhanden sein, die uneingeschränkt mit ihrem ganzen Vermögen und mit ihrer ganzen Person für das Unternehmen verantwortlich in Erscheinung tritt und für die Verbindlichkeiten des Unternehmens haftet. Daher befreit das neue Steuergesetz die Kapitalverkehrssteuer für Personalgemeinschaften und hält sie nur noch für Kapitalgesellschaften aufrecht. Neu wird im Vermögenssteuergesetz eine Mindestbesteuerung eingeführt. Dieser Besteuerung gemäß haben die Kapitalgesellschaften mindestens dasjenige Vermögen zu versteuern, das sie ihrer Rechtsform entsprechend bei der

Eine Denkschrift Dr. Jägers.

Berlin, 16. Okt. (United Press.) Jetzt erst wird bekannt, daß seit dem 5. Juli 1934 bei der Reichsregierung eine Denkschrift des Rechtsanwalts der Reichsregierung Dr. Jäger vorliegt, in der zu der Frage der sogenannten „Nationalkirche“ Stellung genommen wird. Dr. Jäger führt in seinem Memorandum aus, daß es keineswegs lange Zeit in Anspruch nehmen würde, um eine nationale Kirche zu schaffen. Man würde, ohne großen Widerstand zu finden, über die Opposition von ungefähr 4 Millionen Katholiken

Gründung gehabt haben müßten, das ist für die Aktiengesellschaften 50.000, für die G. m. b. H. 20.000 Reichsmark.

Der Amtseid der Minister.

Berlin, 17. Okt. (D. N. B.) In der Dienstagsitzung des Reichskabinetts wurde ein Gesetz über den Eid der Reichsminister und Mitglieder der Landesregierungen angenommen. Danach erhält der Paragraf 3, Absatz 1 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister (Reichsministergesetz vom 27. März 1930 in der Fassung des Gesetzes vom 17. Oktober 1933 folgenden Wortlaut:

Die Reichsminister leisten bei Übernahme ihres Amtes vor dem Führer und Reichskanzler folgenden Eid: „Ich schwöre, ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, meine Kräfte für das Wohl des deutschen Volkes einsetzen, die Gesetze wahren, die mir obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und meine Geschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann führen, so wahr mir Gott helfe! — Die Mitglieder der Landesregierungen, soweit sie nicht gleichzeitig Reichsminister sind, leisten mit der Übernahme ihrer Ämter vor den Reichsstatthaltern denselben Eid. Die im Dienst stehenden Reichsminister, Reichsstatthalter und Mitglieder der Landesregierungen sind unverzüglich gemäß diesem Gesetz zu vereidigen.“

Gegen Verleumdungen.

Gaulleiter Julius Streicher nahm laut „Frankf. Zig.“ in einer Massensammlung in Nürnberg mit dem Thema „Der Kampf geht weiter“ Stellung gegen unzählige Gerüchte, die während seines Kurzaufenthaltes in Bad Wörzshofen verbreitet worden seien. Besonders in den Kreisen der sogenannten „Besseren“, so bemerkte der Gaulleiter, herrsche noch das Uebel, die Meinung des Gegners zu hören und höher als die eigene Beobachtung einzuschätzen. Gemeine Lügen und Verleumdungen häufen sich, kurz nach dem Reichsparteitag, versucht, die Arbeit der Nationalsozialistischen Partei zu lähmen. Die Arbeit werde zusammen mit der Nürnberger Polizeidirektion gegen diese Verleumdungen einen rücksichtslosen Vernichtungskampf führen.

In diesem Zusammenhang wendet sich jetzt das Polizeipräsidium Nürnberg fürth in großen Plakaten an die Bevölkerung, in denen nach Aufzählung von über einem Duzend solcher Gerüchte gesagt wird, daß eine Anzahl der Verleumder bereits gefaßt sei. Um auch die übrigen Verbreiter der Gerüchte der gebührenden Strafe zuzuführen, werde die Bevölkerung aufgefordert, alle zu melden, die sich der Verbreitung solcher Lügen und Verleumdungen schuldig gemacht hätten. Die Namen der Mitterler würden auf Wunsch geheim gehalten.

Verurteilung

wegen Verbreitung einer beschlagnahmten Zeitung. Vor dem Berliner Sondergericht hatten sich der „Frankf. Zig.“ zufolge drei Personen zu verantworten, die eine beschlagnahmte Nummer der „Zürcher Post“ weiterverbreitet hatten. Die ausländische Zeitung druckte in dieser Nummer den Brief eines sich im Ausland aufhaltenden Krufe mit Behauptungen über den Reichstagsbrand ab. Der 37jährige Hugo Jacob hatte als Zeitungshändler die Nummer der „Zürcher Post“ einer Kundin übergeben. Die Kundin, eine 33 Jahre alte Selma Marcus, fertigte von dem Brief einige Durchschriften, von denen sie eine dem dritten Angeklagten, dem 29jährigen Richard Wolf, übergab. Alle drei wurden gemäß dem Antrag des Staatsanwaltes zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß die Handlungsweise der Angeklagten eine gemeine und niederträchtige Brunnenvergiftung gewesen sei.

Ungarn

Monaten in einem erzwungenen Aufenthalt in einem Wiener Sanatorium bestritten hatte. Gelegenlich der Erinnerungsfeier für die Abwehrkämpfe Käntens gegen jugoslawische Annexionsabsichten im Jahre 1920 wurden aus dem Anhaltelager Wöllersdorf etwa 60 Nationalsozialisten entlassen, die an jenem Kampfe teilgenommen hatten. Diese Handlung der Regierung hat in Känten guten Eindruck gemacht. Beide Ereignisse werden der österreichischen Öffentlichkeit vorenthalten.

Prozesse und Affären.

Verurteilter Brandstifter.

Karau, 16. Okt. (D. N. B.) Das argentinische Kriminalgericht verurteilte einen 33 Jahre alten ledigen Fabrikarbeiter aus dem Bezirk Brugg, der in der Nacht vom 9. auf den 10. September 1934 aus Jern darüber, daß ihn sein Hausmeister nicht sofort hineinließ, im Schopf des Nachbarn Johann Kirchhofer in Auenstein die Streue angezündet hat, so daß das Anwesen niederbrannte und ein Schaden von 20.000 Fr. entstand, zu einem Jahr und vier Monaten Zuchthaus und dreijährigem Ehrverlust.

Durch das Fenster entwichen.

Bellinzona, 15. Okt. (D. N. B.) Die Tessiner Polizei stellte in Magadino zwei Franzosen, bei denen es sich um von der Polizei gesuchte internationale Gauner handeln soll. Sie befanden sich im Besitz eines gestohlenen Autos. Die beiden Verbrecher konnten sich ihrer Festnahme entziehen, indem sie aus einem Fenster des Hotels sprangen, in welchem sie aufgebört worden waren. Es wird eifrig nach ihnen gefahndet. Sie sollen auch in Mantua, Locarno, Melide, Därligen usw. Verbrechen begangen haben.

Devisenschieberprozeß.

Berlin, 16. Okt. (D. N. B.) In dem Devisenschieberprozeß gegen Heinrich Glara, der in der Berufungsinstanz seit einigen Tagen die vierte Große Strafkammer des Berliner Landgerichtes beschäftigte, wurde am Dienstag das Urteil verkündet. Die Berufung des Angeklagten wurde im wesentlichen verworfen, in einzelnen Punkten erfolgte jedoch Freispruch. Glara wurde zu zwei Jahren fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem bleibt die erstinstanzlich festgesetzte Geldstrafe von 15.000 RM. bestehen.

Sie bringen sich in Sicherheit.

(-) Berlin, 16. Okt. (Europapress.) Wie die „Nachtausgabe“ aus Stettin meldet, teilt die Justizpressestelle mit, daß die Hauptaktionäre und Vorstandsmitglieder der Kleiderfabrik Gebr. Hamburg in Stettin, Karl und Jakob Hamburg, gemeinsam mit dem Prokuristen der Firma Dr. Süßkind am 25. Juni ins Ausland geflohen sind. Sie führten ausländische Effekten, insbesondere Eisenbahn- und Obligationen im Betrag von 1,8 Millionen Reichsmark und etwa 100.000 Mark Bargeld mit sich. Gegen sie ist ein Haftbefehl erlassen worden und das Vermögen der Aktiengesellschaft wurde beschlagnahmt.

Aus den Händen der Entführer befreit.

New York, 17. Okt. (Habel der United Press.) Den unermüdlichen Anstrengungen der Polizei ist es gelungen, die aus ihrem Haus in Louisville (Kentucky) vor einigen Tagen entführte Ehefrau des Großindustriellen Stoll lebend aufzufinden und sie aus den Händen ihrer Entführer zu befreien. Frau Stoll befindet sich bereits in polizeilicher Begleitung unterwegs nach Louisville. Die Auffindung von Frau Stoll gelang zwei Detektiven. Diese fanden die Frau in Begleitung einer gewissen Frau Robinson in Indianapolis, also nicht sehr weit von Louisville entfernt. Frau Robinson und ihr Ehemann, ein mehrfach verurteilter Verbrecher, waren im Besitz des Lösegeldes von 50.000 Dollar, das von Stoll hinterlegt worden war. Die beiden konnten sofort verhaftet werden.

Unglücksfälle und Verbrechen.

Todessturz vom Zürcher Großmünster.

Zürich, 16. Okt. (D. N. B.) Bei der Beaufichtigung der Renovationsarbeiten an den Großmünstertürmen glitt der 45jährige, ledige Maurerpolier Felix Walbiani auf dem nassen Schieferdach zwischen den beiden Türmen aus und stürzte 20 Meter tief auf den Zwingplatz hinunter, wobei der Körper an mehreren Gerüstbalken aufschlug. Walbiani blieb tot auf dem Platz liegen.

Der Schaden beim Winterthurer Kasinobrand.

(-) Winterthur, 16. Okt. Der Kasinobrand in Winterthur hat einen Gebäudeschaden von 180.170 Fr. verursacht, wovon, laut amtlicher Schätzung, am Kasino selbst 177.300 Fr.

Ins Schlachtmesser gestürzt.

Winterthur, 17. Okt. (D. N. B.) Der 80 Jahre alte Landwirt Heinrich Ott in der Seemerstrüßli bei Bollbrunn verunglückte, als er einem Nachbarn bei einer Nistklatschung half. Er glitt mit einem Messer in der Hand aus und zog sich eine Schnittwunde zu, die infolge Verblutung rasch zum Tode führte.

Zu kaltes Bad.

(-) Winterthur, 16. Okt. Ein Winterthurer wurde

Die Haltung Japans.

Tokio, 16. Okt. Ag. (Havas.) Die erste Erklärung der japanischen Regierung, wonach diese endgültig entschlossen sei, den Washingtoner Vertrag zu kündigen, wurde am Dienstag in Form eines offiziellen Communiqués durch das Außenministerium der Presse übermittelt. Dieses befaßt sich besonders mit den Bedingungen, die dem japanischen Vertreter an den Vorbereitungen in London, Admiral Yamamoto, erteilt wurden. Sie enthalten folgende fünf Punkte:

1. Vom Grundsatz ausgehend, daß jedes Land Anrecht auf die Wahrung seiner Sicherheit habe, nimmt Japan für sich das Recht in Anspruch, seine Sicherheit zu gewährleisten und den Frieden im Fernen Osten aufrecht zu erhalten.
2. Es fordert die tatsächliche Herabsetzung der Rüstungen.
3. Ebenso die Herabsetzung, gegebenenfalls die Abschaffung der Angriffswaffen und eine Verstärkung der Verteidigungswaffen.
4. Japan wird den Washingtoner Vertrag kündigen in der Hoffnung, daß dieser durch einen neuen und gerechteren Vertrag ersetzt werde.
5. Im Falle eines Scheiterns der Konferenz wird Japan die geeigneten Maßnahmen zur Gewährleistung seiner Sicherheit ergreifen, seine friedliche Haltung indessen beibehalten und sich bemühen nach Möglichkeit den Frieden mit den andern Völkern aufrechtzuerhalten.

Aus Spanien.

Die Liquidation des Aufstandes.

Der Verlauf der Revolte in Oviedo.

Madrid, 16. Okt. Ag. (Havas.) In Oviedo ist die Lage, wie verlautet, wieder normal geworden. Nach Berichten von Augenzeugen begannen die dortigen Zwischenfälle am 5. Oktober mit einem Angriff der Revolutionäre, die rasch durch 8000 Gubelute aus der Umgebung verstärkt wurden. Diese Grubenleute waren sehr gut bewaffnet, so daß die Regierungstruppen verschiedene Stellungen räumen mußten. Am 7. und 9. Oktober steckten die Revolutionäre verschiedene Gebäude in Brand. General Lopez de Ochoa brang am 11. Oktober in Oviedo ein, konnte aber erst am folgenden Tag nach dem Eintreffen von Verstärkungen aus Gijón die Revolutionäre vollständig aus den Gebäuden vertreiben, in denen sie sich verschanzt hatten. Die Verluste der Revolutionäre sollen sehr hoch sein. Die Zahl ihrer Toten wird vom Blatt „El Sol“ auf 600 geschätzt.

Lotz'er Streik.

Perpignan, 16. Okt. Ag. (Havas.) Wie Reisende aus Spanien berichten, soll in Valencia seit Dienstag Vormittag 7 Uhr wieder der Generalstreik ausgebrochen sein. Die großen Verkehrsstraßen und Plätze sind menschenleer und werden ständig von Militärpatrouillen durchzogen.

Der Kirchen tritt in Deutschland.

Eine Rede des Reichsbischofs.

Berlin, 17. Okt. (United Press.) Vor einigen hundert Zuhörern sprach Reichsbischof Müller in der Lessinghochschule in Berlin. Er verteidigte zunächst das Recht des staatlichen Eingriffs in das kirchliche Leben. Dieses Recht bestehe immer dann, wenn die Kirche aus sich selbst heraus nicht zu der erwünschten Einigkeit käme. Es sei sogar die Pflicht des Staates, in das innere Leben der Kirche einzugreifen, wenn infolge von Schwäche, Unvollkommenheit, menschlicher Fehler oder menschlichem Fanatismus Unruhe in das Volk hineingetragen würde. Er, der Reichsbischof, habe sich früher selbst oft überlegt, ob es vielleicht doch nicht besser wäre, Staat und Kirche voneinander zu trennen, aber, so führte Müller aus, „das wurde abgelehnt“.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen demontierte Müller die Nachricht, er habe 800 Pastoren brotlos gemacht. Auf die Vergangenheit bezugnehmend erklärte der Reichsbischof, daß zu Zeiten, als das Christentum in Deutschland durch den wachsenden kommunistischen Einfluß wirklich gefährdet gewesen sei, sich die Pastoren nicht zu einer Notgemeinschaft zusammengefunden hätten.

im Vermögenssteuergesetz eine Mindestbesteuerung eingeführt. Dieser Besteuerung gemäß haben die Kapitalgesellschaften mindestens dasjenige Vermögen zu versteuern, das sie ihrer Rechtsform entsprechend bei der

Eine Denkschrift Dr. Jägers.

Berlin, 16. Okt. (United Press.) Jetzt erst wird bekannt, daß seit dem 5. Juli 1934 bei der Reichsregierung eine Denkschrift des Rechtswalters der Reichsregierung Dr. Jäger vorliegt, in der zu der Frage der sogenannten „Nationalkirche“ Stellung genommen wird. Dr. Jäger führt in seinem Memorandum aus, daß es keineswegs lange Zeit in Anspruch nehmen würde, um eine nationale Kirche zu schaffen. Man würde, ohne großen Widerstand zu finden, über die Opposition von ungefähr 4 Millionen Katholiken und einigen 100.000 Protestanten hinwegkommen. Die bürgerliche Idee müsse den Vorrang vor der christlichen Idee erhalten. Mit der Errichtung einer Nationalkirche seien diese Ziele erreicht.

Aus dem Ausland.

Frankreich

Wiederzusammentritt des Parlaments.

(*) Paris, 17. Okt. Das französische Parlament wird am Dienstag, 30. Oktober, wieder zusammentreten. Ministerpräsident Doumergue unterhielt sich gestern mit dem Senatspräsidenten über diese Frage und wird heute eine Unterredung mit dem Kammerpräsidenten haben. In dieser ersten Sitzung wird das Parlament die am 31. Oktober ablaufenden Vollmachten für die Regierung Doumergues erneuern müssen, worauf voraussichtlich die Kammer wegen des Parteikongresses der Demokratischen Allianz für eine Woche vertagt werden wird.

Strafverfahren gegen die „Humanité“.

(*) Paris, 16. Okt. Der neue Innenminister Marchandea wollte heute Morgen die kommunistische „Humanité“ wegen ihres Artikels über Poincaré, der betitelt war: „Poincaré — la guerre“, beschlagnahmen; die Nummer war jedoch bereits vertrieben. Der Justizminister hat daraufhin eine gerichtliche Untersuchung zum Zwecke einer Strafverfolgung gegen das kommunistische Blatt eingeleitet.

Großbritannien

Kommi Laval nach London?

(*) London, 16. Okt. Wie der gewöhnlich gut unterrichtete „Star“ heute andeutet, plant der französische Außenminister Laval einen Besuch in London, der noch vor der nächsten Sitzung des Völkerbundsrats erfolgen soll. Da die Sitzung des Völkerbundsrats ausschließlich der Saarfrage gewidmet sein wird, dürfte diese Frage in etwaigen französisch-englischen Ministerbesprechungen in London den Hauptgesprächsstoff bilden, wozu der „Star“ noch meldet, daß nach französischer Auffassung die englische Regierung der Saarfrage nicht genügende Bedeutung beimesse. In Regierungskreisen war eine Bestätigung der Meldung nicht zu erhalten.

Die Sprachenfrage auf Malta.

Malta, 17. Okt. Ag. Namens der Hochschüler hat das ständige Hochschulkomitee, das von der Malteser Regierung als legale Organisation aller Universitätsstudenten anerkannt wird, mit allen gegen eine Stimme eine Protestresolution angenommen, die sich gegen die kürzlichen Beschlüsse der Regierung richtet, wonach das Italienische durch das Maltesische oder das Englische ersetzt wird.

Norwegen

Sieg der Arbeiterpartei auch bei den hauptstädtischen Gemeindevahlen.

Oslo, 17. Okt. Ag. (Havas.) Die Gemeindevahlen endeten in Oslo mit einem Erfolg für die Arbeiterpartei. Von insgesamt 84 Mandaten befeht die Arbeiterpartei jetzt 44 gegen nur 41 vorher.

Oesterreich

Entlassungen aus Anhaltelagern.

Z. N. Wien, 17. Okt. (Privattele.) Vor zwei Tagen wurde der frühere sozialdemokratische Bürgermeister von Wien Carl Seiz aus der Haft entlassen, die seit einigen

Jahren Gefängnis betrauen. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß die Handlungsweise der Angeklagten eine gemeine und niederträchtige Brunnenvergiftung gewesen sei.

Monaten in einem erzwungenen Aufenthalt in einem Wiener Sanatorium bestanden hätte. Gelegentlich der Erinnerungsfeier für die Abwehrkämpfe Kärntens gegen jugoslawische Annektionsabsichten im Jahre 1920 wurden aus dem Anhaltelager Wöllersdorf etwa 60 Nationalsozialisten entlassen, die an jenem Kampfe teilgenommen hatten. Diese Handlung der Regierung hat in Kärnten guten Eindruck gemacht. Beide Ereignisse werden der österreichischen Öffentlichkeit vorenthalten.

Ungarn

Die Beendigung des Hungerstreiks von Fünfkirchen.

Budapest, 16. Okt. (U. S. B.) Der Streik der Bergarbeiter in Fünfkirchen konnte endgültig beigelegt werden, nachdem die mit Vermittlung der Regierungsvertreter geführten Unterhandlungen zwischen der Bergwerksdirektion und den Arbeitern zu einer Einigung geführt hatten. Den Bergarbeitern wurde außer der Herbsthilfe auch eine Winterhilfe in gleicher Höhe bewilligt und ihnen zugesichert, daß sie keine Retorikationen zu befürchten hätten. Nachdem die Bergarbeiter die Bedingungen angenommen hatten, verließen sie noch in der Nacht die Gruben, wo sie sich seit vier Tagen aufgehalten hatten.

Die Schneefälle.

80 Zentimeter auf Nisi-Kulm.

(*) Bistriça, 16. Okt. Es treffen immer noch weitere Schneemassungen aus den Bergzonen ein, so aus dem Bierwaldstättersee-Gebiet, aus dem Schwanzerland und aus dem Sântis-Gebiet. Nisi-Kulm verzeichnet eine Schneehöhe von 80 Zentimetern, Ginedeln 35 Zentimeter, Sântishaus 90 Zentimeter. Oberberg wies eine Temperatur von fünf Grad Kälte auf. Auf dem Sântis betrug die Kälte sogar zwölf Grad.

In Frankreich.

(*) Paris, 16. Okt. Der erste Schnee fiel fast in allen französischen Gebirgen, in den Vogesen, dem Jura, den Pyrenäen und im Zentralmassiv. In den Pyrenäen erreicht die Schneedecke bereits 15 Zentimeter. In den Vogesen fiel der Schnee bis auf 900 Meter herab.

In Italien.

(*) Trient, 17. Okt. Nach einem wundervollen warmen Herbst ist jetzt plötzlich bis auf 1200 Meter Höhe Schnee gefallen. Aus den Nulischen Alpen und den Dolomiten wird sogar starker Schneesturm gemeldet. Die Gipfel um den Gardasee sind jetzt ebenfalls eingeschneit und ein heftiger Sturm erschwert die Schifffahrt. Vom oberen Karst wird gleichfalls Schnee gemeldet, während in der Ebene ein Temperatursturz eintrat. In Venedig sank die Temperatur auf sechs Grad. An der tyrrhenischen Küste hat der Sturm einige Frachtschiffe in Seenot gebracht. Im Golf von Triest konnte der Dampfer „Mazario Sauro“ ein arokes Segelschiff retten, das in der Nacht vom Sturm überfallen worden war und Stenerbruch erlitten hatte, so daß es zu stranden drohte.

Die Taifun-Katastrophe auf den Philippinen.

Hunderte von Toten?

(*) Manila, 16. Okt. Infolge der vollständig lahmgelegten Verbindungen ist eine Uebersicht über den Umfang der Taifun-Katastrophe auf den Philippinen immer noch nicht möglich. Es gilt jedoch bisher als feststehend, daß die Zahl der Opfer in die Hunderte geht, während der Sachschaden bereits jetzt auf über 8 Millionen Schweizerfranken geschätzt wird. In Manila selbst sind nach den bisher vorliegenden Meldungen nur etwa 20 Personen ums Leben gekommen. Die Stadt steht zum Großteil unter Wasser, und die Straßen sind durch entwurzelte Bäume und umgerissene Telegraphenmasten gesperrt. Tausende von Einwohnern sind obdachlos. Im Hafen wurden sieben größere Schiffe auf den Strand geworfen.

aus und stürzte 20 Meter tief auf den Zwingplatz hinunter, wobei der Körper an mehreren Gerüstbalken aufschlug. Walbiani blieb tot auf dem Plage liegen.

Der Schaden beim Winterthurer Kasinobrand.

(*) Winterthur, 16. Okt. Der Kasinobrand in Winterthur hat einen Gebäudeschaden von 180.170 Fr. verursacht, wovon, laut amtlicher Schätzung, am Kasino selbst 177.800 Fr.

Zus Schlachtmesser gestürzt.

Winterthur, 17. Okt. Ag. Der 80 Jahre alte Landwirt Heinrich Ott in der Seemerrütli bei Kollbrunn verunglückte, als er einem Nachbarn bei einer Notschlachtung half. Er glitt mit einem Messer in der Hand aus und zog sich eine Schnittwunde zu, die infolge Verblutung rasch zum Tode führte.

Im kaltes Bad.

(*) Murten, 16. Okt. Am Montagmorgen wurde aus dem Murtensee die Leiche des 60 Jahre alten M. Warth gezogen. Seine Kleider fand man am Ufer.

Zum Gerüstesturz in Rattowitz.

Rattowitz, 16. Okt. Ag. (D. N. B.) Wie auf Anfrage im hiesigen Krankenhaus erklärt wird, befinden sich dort noch 52 der beim Gerüstesturz an der Kathedrale verunglückten Arbeiter mit mehr oder weniger schweren Verletzungen. Es war ein glücklicher Umstand, daß die Arbeiter sämtlich auf den durch den Regen aufgeweichten Boden gefallen sind, wodurch der Sturz stark gemildert wurde. Auf Anordnung der Behörden sind die Bauarbeiten an der Kathedrale bis zur Klärung der Ursachen des Unglücks, das bis jetzt kein Todesopfer gefordert hat, eingestellt worden.

Telegramme.

Die Angriffe auf Oberstkorpskommandant Wille.

Bern, 17. Okt. (Privattele.) Eine gewisse Presse, vorab die linksmarxistische, in der offenkundigen Absicht, die Armee im gegenwärtigen Moment, wo eine Wandlung in der Landesverteidigungsfrage sich bemerkbar macht, zu kompromittieren, richtete heftige Anfeindungen gegen Oberstkorpskommandant Wille. In Anbetracht der hohen Stellung des Angegriffenen müssen diese Behauptungen richtiggestellt werden.

So wird Oberstkorpskommandant Wille vorgehalten, er habe in Kiel im Juli an einer Flottenparade öffentlich teilgenommen. Tatsache ist lediglich, daß er der Kieler Woche, einer rein sportlichen Veranstaltung, die schon in der Vorkriegszeit durchgeführt wurde und die eine Hauptveranstaltung des internationalen Segelsportes darstellt, beivohnte. Es haben übrigens auch Schweizerische Teilnehmer den Anlaß mitgemacht. Oberst Wille befand sich damals an Bord des Bergungsdampfers „Rio Panuco“, auf dem sich eine internationale Reisegesellschaft aufhielt, zusammengesetzt aus Franzosen, Spaniern, Holländern, Schweizern usw. Auch Deutsche aus Handels- und Industriekreisen waren zugegen, aber keine Politiker und vor allem keine Minister.

Sodann wird die Legende aufgewärmt, Oberstkorpskommandant Wille habe den deutschen Nationalsozialismus schon vor dem Münchener Putsch unterstützt, und nun auch in jüngster Zeit habe er dem deutschen Reichskanzler Adressen von reichen Schweizern übermittelt, an die dieser sich wenden könnte! Diese Behauptungen wurden schon vor zehn Jahren erledigt. Der damalige Bundesrat Scheurer lehnte in Beantwortung einer Interpellation im eidgenössischen Parlament diese Unterstellungen ab. Das eidgenössische Militärdepartement weist die neuerlichen Verdächtigungen gegen Oberst Wille ebenso entschieden zurück. Es erklärt, daß Wille überhaupt keine näheren Beziehungen zum Nationalsozialismus habe.

Man kann aber sicherlich niemanden zwingen, rein persönliche Beziehungen mit Leuten, die zufällig politisch einer ganz andern Anschauung huldigen, abzubrechen, sonst müßten in der Schweiz